



Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen
Związek Niemieckich Stowarzyszeń Społeczno-Kulturalnych w Polsce

ul. Słowackiego 10, 45-364 Opole
tel./fax: 774538507, e-mail: biuro@vdg.pl, www.vdg.pl

Oppeln, den 4. Februar 2022

Az.:141/II/22

**Sekretariat der Europäischen Charta
der Regional- oder Minderheitensprachen
DG II - Direktion für Antidiskriminierung
Europarat
Agora Building, 1 quai Jacoutot
F-67075 Straßburg Cedex,
Frankreich**

- per Mail -

Sehr geehrte Damen und Herren,

Gerne würden wir Ihnen heute positivere Nachrichten übermitteln, müssen Ihnen jedoch leider mitteilen, dass sich die Situation der deutschen Sprache als Minderheitensprache in Polen verschlechtert hat. Hiermit reichen wir ein Beschwerdeschreiben ein, das sich auf die aktuelle Situation im Bereich der Minderheitensprachen bezieht.

Am Freitag, dem 17.12.2021, verabschiedete der Sejm der Republik Polen im Rahmen des Haushaltsgesetzes für das Jahr 2022 einen Änderungsantrag, der eine deutliche Kürzung um 39,8 Mio. PLN der Bildungssubvention für den Unterricht von Minderheitensprachen vorsieht. Theoretisch sind sämtliche Minderheitensprachen betroffen, jedoch nach den Erklärungen der Antragsteller und des Ministers für Bildung und Wissenschaft betrifft die Kürzung ausschließlich den Unterricht von Deutsch als Minderheitensprache.

Auf seinem Twitter-Profil unter dem Hashtag #StopKłamstwomOpozycji (dt.: Stopp den Lügen der Opposition) verwies der Bildungsminister auf die Diskussion um Kürzungen der Bildungssubventionen für den Unterricht von Minderheitensprachen. „Angesichts der immer noch lügnerischen Informationen über die Kürzung der Mittel zum Erlernen der Sprachen aller Minderheiten und Gruppen, einschließlich der kaschubischen Sprache, lege ich die Begründung für die Änderung vor, aus der klar hervorgeht, dass es nur um Deutsch geht“, so der Minister und fügte ein Foto der besagten Begründung bei. Sie zeigt, dass eigentlich geplant ist, die Stundenzahl von Deutsch als Minderheitensprache von 3 auf 1 pro Woche zu reduzieren. Damit betont Przemysław Czarnek bei der Veröffentlichung seines Eintrags und der Begründung noch einmal, dass im Rahmen der polnischen Minderheitenpolitik eine bestimmte Gruppe polnischer Staatsbürger diskriminiert werden soll. Die Reduzierung der Stundenzahl hat der Vertreter des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft während der Sitzung des Ausschusses für nationale und ethnische Minderheiten (28.01.2022) offiziell bestätigt. Unserer Meinung nach, haben wir in diesem Fall mit der offensichtlichen Diskriminierung und dem Verstoß gegen die polnische Verfassung und gegen die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen zu tun.

Um eine breitere öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen, wurden in den letzten Wochen von den Organisationen der Deutschen Minderheit viele Initiativen unternommen. Die Akademiker, die Vertreter der Wirtschaft und die Eltern haben gegen diese Entscheidung Petitionen eingereicht. Verschiedene Organisationen der Deutschen Minderheit haben Pressekonferenzen organisiert.

Am 5. Januar 2022 hat der Senat der Republik Polen den Änderungsantrag angenommen, der eine Rückkehr zur ursprünglichen Subventionssumme für den minderheitensprachlichen Unterricht vorsieht. Am 27. Januar 2022 hat der Sejm endgültig über den Staatshaushalt und damit auch über die Höhe der Mittel für den Minderheitensprachenunterricht entschieden und den Änderungsantrag des Senats abgelehnt. Der Sejm hat die Kürzungen im Minderheitensprachenunterricht bestätigt.

Der Unterricht der Minderheitensprachen beruht sowohl auf nationalen Rechtsvorschriften als auch auf den internationalen Regelwerken des Europarates. Die Republik Polen hat im Jahr 2000 das *Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten* und im Jahr 2009 die *Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen* ratifiziert.

In den Berichten des Beratungskomitees des Europarates über die Umsetzung der Verpflichtungen des Rahmenübereinkommens in Polen wird stets darauf verwiesen, dass es erhebliche Mängel im Bildungswesen der Minderheitensprachen gibt. Die wiederholten, konkreten Empfehlungen zur Verbesserung der Situation der deutschen Sprache als Minderheitensprache werden vor allem in den Berichten des Ministerkomitees des Europarats während des zyklischen Monitorings der Umsetzung der Charta geäußert. Alle Empfehlungen des Ministerkomitees zeigen auf, dass die Republik Polen immer noch viele der Verpflichtungen, die sie freiwillig angenommen hat, nicht umgesetzt hat, auch in Bezug auf den Unterricht in Minderheitensprachen. Es gibt leider keine Schule, in der der gesamte Unterricht in der deutschen Sprache stattfindet. Es gibt nur einige Schulen, in denen der Unterricht in zwei Sprachen durchgeführt wird. Der Unterricht der Sprache als zusätzliches Schulfach (in Form von drei zusätzlichen Stunden) ist weiterhin das häufigste Modell. Die Republik Polen hat sich aber verpflichtet, ein Bildungssystem in den Sprachen nationaler Minderheiten in diesen Gebieten, wo die Vertreter:innen der nationalen und ethnischen Minderheiten wohnen, zu schaffen. Diese Fakten deuten auf die Notwendigkeit einer weiteren Entwicklung des Bildungswesens der Minderheitensprachen hin. Die Entscheidung, die Mittel für den Unterricht von Minderheitensprachen zu kürzen, muss jedoch unweigerlich zu einer weiteren Absenkung der Bildungsstandards führen.

Der letzte polnische Staatenbericht zur Europäischen Charta wurde 2019, der darauf bezogene Bewertungsbericht des Sachverständigenausschusses im September 2021 veröffentlicht. Dieser Bewertungsbericht beruht auf der politischen und rechtlichen Situation, die zum Zeitpunkt des Vor-Ort-Besuchs des Ausschusses in Polen im Juni 2021 herrschte. Der Ausschuss stellte einerseits fest, dass ein Rechtsrahmen existiert und die Behörden finanzielle Unterstützung im Bildungsbereich gewähren, andererseits hat es darauf hingewiesen, dass ein aktiveres und strukturierteres Vorgehen nötig ist, um die Umsetzung der ratifizierten Bestimmungen zu gewährleisten. Nach der Abstimmung über den Staatshaushalt 2022 erweist sich die Situation und die Umsetzungsmöglichkeiten der ratifizierten Verpflichtungen als noch schwieriger. Für das Jahr 2023 ist noch höhere Kürzung der Bildungssubvention angesagt.

Die Deutschen in Polen besitzen als nationale Minderheit das Recht auf das Bildungssystem in der Minderheitensprache, die als wesentlicher Bestandteil ihrer nationalen, sprachlichen und kulturellen Identität unterstützt werden soll, vor allem nach Jahren des Unterrichtsverbots und der kulturellen Diskriminierung in der Volksrepublik Polen. Die sprachliche Diskriminierung wurde nämlich zum Alltag der deutschen Gemeinschaft über lange Jahrzehnte hinweg. Das Verbot der deutschen Sprache diente mit Erfolg der Zwangsassimilierung der heimatverbliebenen Deutschen. Unter solchen Bedingungen haben zwei Generationen der deutschen Minderheit im sozialistischen Polen gelebt. Die Sprache konnte nur rudimentär beibehalten werden, weil sie permanent verdrängt wurde. Bis heute sieht man die Folgen der Diskriminierung der deutschen Sprache.

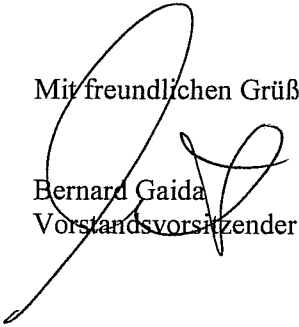
Umso wichtiger ist es heute, in einer Situation der Mittelkürzungen für Minderheitensprachenunterricht, das Bewusstsein der polnischen Öffentlichkeit in Bezug auf die Regional- oder Minderheitensprachen als Teil des kulturellen Erbes des Landes weiter zu stärken. Für all diese Maßnahmen bedarf es stabiler, langfristiger Finanzierung. Die Entscheidung des Sejms der Republik Polen im Rahmen des Haushaltsgesetzes für das Jahr 2022 wird sich negativ auf die organisatorische und finanzielle Lage des

Deutschunterrichts auswirken und die Begründung der Kürzung deutet auf die Diskriminierung einer von dreizehn Minderheitensprachen hin.

Der Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) vertritt die Auffassung, dass die Achtung der sprachlichen Vielfalt und die Förderung des Sprachenlernens in Polen gewährleistet werden soll. Die Bedeutung jeder Minderheitensprache muss anerkannt werden. Die deutsche Sprache muss in Polen als bedrohter Aspekt des europäischen Kulturerbes geschützt und gefördert werden. Die deutsche Sprache ist ein wertvolles Gut, ein kultureller und wirtschaftlicher Mehrwert für die Regionalentwicklung und die Entwicklung des ganzen Landes. Sprache ist ein identitätsprägendes und schützendes Menschenrecht. Die Deutschen in Polen sind loyale Bürger ihres Staates und haben als nationale Minderheit Anspruch darauf, ihre Muttersprache im staatlichen Schulsystem gefördert zu bekommen, um diese als wesentlichen Teil ihrer kulturellen Identität behalten zu können. Aufgrund des *Rahmenübereinkommens* sowie der *Charta* haben die Deutschen in Polen als autochthone nationale Minderheit Anspruch auf die Unterstützung auf dem gleichen Niveau wie die anderen Minderheiten.

In der Situation der möglichen Diskriminierung bitten wir die entsprechenden Gremien des Europarates dringend alles zu tun, um die negativen Auswirkungen der möglichen Kürzung der Stundenzahl des Deutschunterrichts abzuhalten. Wir sehen in der Entscheidung des polnischen Sejms einen Verstoß gegen die *Charta* und einen Verstoß gegen das menschenrechtliche Diskriminierungsverbot in der Verfassung der Republik Polens. Wir würden konkrete Maßnahmen begrüßen, die zur Behebung möglicher Benachteiligung der deutschen Sprache im polnischen Bildungssystem führen und die notwendige Gleichbehandlung der deutschen Minderheit im Hinblick auf Bildung gewährleisten würden.

Mit freundlichen Grüßen


Bernard Gaida
Vorstandsvorsitzender

